



## Junge Mitte bietet Enderarbeiten-Café für Abiturienten an

Ein neues Schuljahr hat begonnen. Für alle gibt es wieder viel Neues, Lernstoff und Lernstress, Termine, Spaß und Frust, aber auch neue Leute kennenlernen, Freunde treffen und gemeinsam auf dem Schulhof abhängen.

Viele Kinder kommen in den Genuss des ersten Tages in Kindergarten, Primar- oder Sekundarschule bzw. Universität oder Ausbildungsstätte.

Für viele wird es aber auch der letzte „erste Tag“ in der Sekundarschule sein. Bevor es in einen neuen Lebensabschnitt geht, steht noch eine scheinbar große Herausforderung vor der Tür: die gefürchtete Abschlussarbeit. Die Abschluss- oder Enderarbeit begleitet die Jugendlichen das ganze Jahr hinüber neben dem Unterricht und fordert viel Engagement und Zielstrebigkeit von den jungen Menschen. Das Ziel der Enderarbeit ist es, jungen Erwachsenen beizubringen, eine wissenschaftli-

che Arbeit auszuarbeiten und wie hierzu richtig recherchiert wird.

Die Mitglieder der Junge Mitte wissen aus eigener Erfahrung sehr gut, wie stressig und aufwendig eine Enderarbeit sein kann. „Im vergangenen Schuljahr wusste ich selber nicht, wo ich mit meiner Enderarbeit anfangen soll und habe mich ständig gefragt, ob meine Arbeit korrekt ist und wo ich sie noch verbessern kann. Ich habe mich über jede helfende Hand gefreut. Deswegen ist es uns wichtig zu helfen“, so Jolyn Huppertz, Kelmiser Abiturientin 2015 und Mitglied der Jungen Mitte.

In Anbetracht dieses Kontextes haben wir uns entschlossen, ein kostenloses „Enderarbeiten-Café“ zu organisieren, das in regelmäßigen Abständen an verschiedenen Orten in der DG stattfindet. Wir unterstützen euch aktiv bei der Schaffung und Gestal-

tung von Enderarbeiten. Sei es bei der Themensuche, Themeneingrenzung, Informationsbeschaffung, dem Anlegen eines Quellen- oder Bildverzeichnisses, beim korrekten Zitieren usw.: Wir helfen euch bei allem, was euch am Herzen liegt. Dazu lernt ihr andere Schüler kennen, die vielleicht dieselben Probleme haben wie ihr.

Kommt ins kostenlose Enderarbeiten-Café und wir gehen es gemeinsam an! Das erste Enderarbeiten-Café findet am 3. Oktober im Europahaus in Eupen, Gospertstraße 18-20, von 11 bis 13 Uhr statt. Kaffee, Tee und Nervennahrung inklusive. Weitere Termine auf unserer Facebook-Seite oder unter [info@csp.pdg.be](mailto:info@csp.pdg.be)

Wir wünschen allen Schülern und Studenten einen guten Start für die neue Saison!

Die Junge Mitte freut sich auf dich!

**Tobias Graeven,**  
stellvertr. für die Junge Mitte



## Flüchtlingswelle – Toleranz statt Fremdenhass

In den letzten Wochen ist die Diskussion zur Flüchtlingswelle nach Europa und Belgien in den Medien und der Gesellschaft voll im Gange. Nicht selten werden diesbezüglich fremdenfeindliche Hasstiraden in verschiedenen Foren und Netzwerken öffentlich gemacht.

Doch bleibt es mittlerweile nicht „nur“ bei verbalen Angriffen. Aus unserem Nachbarland Deutschland erreichen uns wöchentlich Meldungen von gewaltsamen Übergriffen auf Ausländer, Asylheime und Flüchtlingsunterkünfte: Eine Sporthalle soll lieber bis auf die Grundmauern abbrennen als hunderte Flüchtlinge aufnehmen zu können? Eine Demonstration gegen Flüchtlinge darf stattfinden, aber ein Willkommensfest für letzere sollte abgesagt werden aus Angst vor rechtsradikalen Übergriffen?

In unseren Augen ist dies inakzeptabel! Übergriffe und

Aussagen wie diese resultieren aus Vorurteilen, Angst vor dem Fremden, aus Besorgnis um die eigene Kultur... Wie können wir also dieser Angst und Besorgnis entgegenwirken?

Auf jeden Fall nicht, indem wir, wenn wir von Ausländern, Flüchtlingen und Integration reden, diese ständig mit Radikalisierung, Extremismus und der Frage „Sind wir sicher?“ angehen.

Flüchtlinge sind genau das: Flüchtlinge. Sie flüchten vor Gewalt und Krieg. Umstände, wegen derer sie ihre Heimat, ihr Hab und Gut aufgeben müssen in der Hoffnung im friedlichen Westen aufgenommen zu werden. Hier ist Menschlichkeit und Solidarität gefragt.

Im Militärlager von Elsenborn sollen nun bis zu 500 Flüchtlinge aufgenommen werden. Ecolo sieht dies als große Chance, aber auch als

große Herausforderung an. Da wir in der DG durch das Militärlager Elsenborn die Möglichkeit haben, Menschen in Not zu helfen, sollten wir diese auch wahrnehmen.

Uns ist bewusst, dass die Anzahl Flüchtlinge, die Unterkunft in Elsenborn finden werden, im Vergleich zur Einwohnerzahl der Gemeinde sehr hoch ist.

Dementsprechend muss der direkte Dialog mit der Bevölkerung gesucht werden, deren Ängsten und Sorgen ein offenes Ohr gegeben und jegliche Frage beantwortet werden.

Vor allem aber möchten wir betonen, dass hier die gesamte DG in der Verantwortung steht, gemeinsam Offenheit und Menschlichkeit zu zeigen und gemeinsam ein Zeichen zu setzen: Eine DG für Menschen, gegen Fremdenhass.

**Frédéric Arens**  
Co-Präsident  
Ecolo-Ostbelgien



Milchkrise: Eine Politik ohne neue Weichenstellung ist absolut zerstörerisch!

Seit Jahren bangen viele Landwirte um ihr wirtschaftliches Überleben, dies auch bedingt durch den Wegfall der Quotenpolitik der EU. Es ist nachvollziehbar und wichtig, dass die Landwirte ihren Unmut kundtun - sei es in der Wallonie, in Flandern, der DG oder der gesamten EU.

Auf föderaler Ebene hat Landwirtschaftsminister Willy Borsus (MR) bereits Anfang dieser Woche klar gemacht, dass es auf EU-Ebene neuer Mechanismen bedarf, die bei Krisen im Agrarsektor effizient greifen können: Ein EU-Preisobservatorium, das die Preisschwankungen, die Produktionskosten und deren differenzierte geographische Begutachtung analysiert, soll hier für eine effektivere Entgeltung der Landwirte sorgen. Auch bedarf es dringend einer Erhöhung des Interventionsbetrages, der die Aufstockung landwirtschaftlicher Produkte

zur Folge hat. Auch müssen die Modalitäten der Aufstockung den Realitäten des Marktes besser angepasst werden. Nur so können wir unsere Landwirte aus der Negativspirale befreien, die sie zwingt, ihre Produktion bei negativen Margen zu erhöhen. Wir befinden uns auf einem Weltmarkt und müssen alle Parameter unseres Handelns bedenken. Wenn wir also z.B. das Produktionsvolumen in der EU reduzieren, dann nicht um neue Kapazitäten für andere Großproduzenten wie die Neuseeländer zu schaffen. Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass Überproduktionen kontraproduktiv und absolut zerstörerisch sind!

Und auch die Regionen können und sollten hier viel proaktiver werden! Auch auf dieser Ebene verdienen und brauchen die Landwirte mehr verantwortungsvolles Handeln. Leider warten sie hier noch immer auf neue und tiefgreifendere Maßnahmen als allein, neue Exportmärkte für

## Milchkrise

unsere Landwirte suchen zu lassen oder gewisse Rahmenbedingungen zu verändern. Die MR-PFF freut sich daher sehr, dass ihre Bitte um Einberufung der Landwirtschaftskommission in Namur erhört wurde und man daher am heutigen Donnerstag dort über weitere Unterstützungsmöglichkeiten beraten kann.

Am kommenden 7. September werden sich zudem alle europäischen Landwirtschaftsminister zu einer außerordentlichen Sitzung treffen, um langfristige und weitreichende Lösungen für unsere Landwirte auszuarbeiten. Wir hoffen inständig, dass hier nun eine Einigung erzielt werden kann! Wie hieß es schon bei Cicero: „Unter den Erwerbsquellen ist keine so edel, so ergiebig, so lieblich und so ehrenvoll für den freien Mann als die Landwirtschaft“.

**Für die Partei für Freiheit und Fortschritt,**  
**Jenny Baltus-Möres und Katrin Jadin**



Ein Grund für die dramatisch anschwellende Flüchtlingsmenge ist die durch wirtschaftliche Ausbeutung erzeugte Armut in diesen Ländern.

So z.B. durch Freihandelsabkommen. Nur wenige DG-Bürger wissen, dass die Freihandelsabkommen der EU mit vielen afrikanischen und asiatischen Ländern, welche für die schlechte wirtschaftliche Lage dort verantwortlich sind, auch im PDG abgestimmt werden.

Seit 2004 wurden mehrere solcher Verträge mit Stimmen der Mehrheit und einem Großteil der Opposition gutgeheißen.

Lediglich Vivant hat alle Verträge abgelehnt. Was sollen wir vor diesem Hintergrund von den jetzt geplanten Solidaritätsbekundungen halten? Wo war die Solidarität der ostbelgischen Politiker denn bei der Abstimmung im Parlament? Die Regierung hat dem Parlament die Zustimmung zu

## Solidaritätsbekundungen?

diesen Ausbeutungsverträgen immer empfohlen! Anstatt heuchlerische Solidaritätsbekundungen für die eigene Profilierung zu missbrauchen, sollten die hiesigen Politiker endlich den Mut aufbringen, die wirklichen Ursachen offen anzusprechen.

Und alles in ihrer Macht stehende tun, um dabei zu helfen, diese Mächtschaften zu beenden. Ein Nein zu den Freihandelsabkommen aus Eupen heißt ein Nein für Belgien, und würde eine landesweite, ja europaweite Diskussion entfachen.

Solange die EU weiter eine Außenpolitik u.a. in Afrika im Stil einer Kolonialmacht betreibt, bezeichnen wir diese EU-Asylpolitik als gescheitert. Kurzfristig muss den Menschen, die Europa erreichen, geholfen werden.

Sie sollen gleichermaßen von allen europäischen Staaten aufgenommen und versorgt werden. Sie brauchen Verpflegung und ein Dach über dem Kopf. Wie mittel-

und langfristig tragbare Lösungen zu finden sind, werden wir in einem späteren Beitrag thematisieren. Dass dies alles nicht unproblematisch ist, darf nicht verschwiegen werden.

Wir treten ein für eine offene und kritische Auseinandersetzung mit den Problemen, die da auf uns zukommen. Kritische Stimmen müssen gehört werden.

Viele Ängste in der einheimischen Bevölkerung sind berechtigt und sollten ernst genommen werden. Es darf kein Tabu geben. Es kann einfach nicht sein, dass jede Kritik an der Flüchtlingspolitik als Rechtsradikalismus abgestempelt wird. Es reicht in unseren Augen nicht aus, vor Ort zu gehen, und Hände zu schützen. Sondern Solidarität heißt auch da den Hebel anzusetzen, wo die DG weitere Möglichkeiten hat, z.B. bei der Abstimmung zu Freihandelsabkommen.

**Alain Mertes und Michael Balter**



## Wer auf der Flucht ist...

Vorweg: es geht in diesem kurzen Beitrag nicht darum, das komplexe Thema von Flüchtlingsströmen und deren Ursachen bis ins letzte Detail zu beleuchten – dazu wird uns die von der Regierung vorgeschlagene Flüchtlingsdebatte im Parlament demnächst eine gute Gelegenheit geben. Ohne dieser Debatte vorgreifen zu wollen, möchten wir dieses „Wort der Parteien“ nutzen, um eine einzige Botschaft zu vermitteln: „Wir haben die moralische Pflicht, Menschen, die vor Krieg und Terrorismus fliehen, zu helfen!“ Natürlich muss man die Ängste und Sorgen von Menschen – auch die Angst vor dem „Fremden“ und „Unbekannten“ – immer ernst nehmen, sehr ernst sogar! Natürlich kann man auch mit der heutigen Flüchtlingspolitik in Europa nicht einverstanden sein. Was wir zurzeit in der EU erleben, ist ein Armutszeugnis! Europa muss dringend wieder Handlungsfähigkeit beweisen und zu seinen Grundwerten zurückfinden. Euro und Banken sind nicht alles! Europa muss für die

Menschen da sein. Deshalb muss Europa sich auch wieder mit den Menschen beschäftigen, die Ursachen für Kriege und Terror selbstkritisch hinterfragen und globale, konkrete Lösungen vorschlagen. Europa hat die Pflicht, sich kurzfristig auf menschliche Lösungen für die Flüchtlinge zu einigen. Es darf einfach nicht sein, dass einzelne EU-Staaten sich weigern, Verantwortung zu übernehmen. In den letzten Jahrzehnten haben viele Entscheidungsträger versagt, in Europa und noch mehr in den USA. Da muss vieles verbessert werden. ABER all diese Fehler und Versäumnisse sind KEINE Rechtfertigung für Fremdenhass und Hetze gegenüber Flüchtlingen, wie wir sie zurzeit in einigen Medien und an manchen Orten in Europa erleben! Da sind Menschen auf der Flucht. Sie haben Unvorstellbares erlebt. Sie kämpfen um ihr Leben. Sie suchen Schutz in einem fremden Land. Dass diese Menschen mancherorts in Europa bedroht, gewalttätig angegriffen und mit rechten Parolen

beschimpft werden, dass Rechtsextreme sogar auf Flüchtlingskinder urinieren und Heime anzünden... all das ist ein Skandal! Das ist mit der Menschenwürde nicht vereinbar! Dagegen müssen alle aufrechten Demokraten aufstehen! Brandstiftung, Körperverletzung und Demütigung sind keine Ausdrucksmittel der freien Meinungsäußerung, sondern schlicht und einfach Verbrechen.

Die „goldene Regel“, die dem Christentum zugrunde liegt, lautet nicht umsonst: Behandle einen jeden, wie du selbst behandelt werden möchtest und –umgekehrt – tue niemandem etwas an, was dir selbst nicht widerfahren soll.

Zum Glück gibt es hierzu zunehmend viele Menschen, die sich für die Flüchtlinge einsetzen und ihre Hilfe anbieten. Diese Menschen verdienen unsere Anerkennung und Unterstützung. Denn was wir heute mehr als alles andere in Europa brauchen, ist... Menschlichkeit!

**Markus Hendrich**  
Vizepräsident von ProDG



Wer will schon dort leben, wo er Gefahr läuft, nachts aus dem Bett gerissen, von der Familie gewaltsam getrennt, gefoltert oder auf offener Straße erschossen oder von Bomben im eigenen Haus getötet zu werden? Wo der Partnerin, den Kindern oder gar einem selbst nach einer Vergewaltigung ein soziales Leben aus Schande, wegen Krankheit oder sozialer Ausgrenzung verwehrt wird? Wo das eigene Kind, der eigene Bruder oder der eigene Ehemann als Kindersoldat oder Soldat zwangsrekrutiert wird? Wer von uns will schon dort leben, wo Waffen herrschen? Wenn wir mal ehrlich sind: Niemand! Flucht ist der natürliche Reflex. Wollen wir die Flüchtlingsströme eindämmen, müssen wir an den Orten für Frieden sorgen, von denen diese Menschen flüchten.

Egal ob ideologisch, wirtschaftlich oder ethnisch motiviert; Diktaturen, Revolutionen und Kriege sind oftmals der Grund, dass sich Menschen diese Frage überhaupt stellen müssen. Waffen sind in

den weltweiten Krisenherden sehr begehrt: Hauptsache (kinder)leicht zu bedienen um den Feind auszuschalten, Terror zu veranstalten und so die eigene Macht zu sichern oder gar auszubauen. Waffen die wir ihnen oftmals aus Profitgier in die Hand drücken. Waffen, die auch noch nach Jahrzehnten töten können (alte Munition, nicht explodierte Bomben und alte Mienen werden auch bei uns regelmäßig ausgegraben). Sind wir wirklich so naiv, davon auszugehen, dass diese Waffen nicht dazu gebraucht werden, wofür sie geschaffen wurden? Dass die Opfer dieser Waffen nicht bei uns als Flüchtlinge Obdach suchen könnten?

Noch in den letzten beiden Weltkriegen sind auch aus der DG Menschen geflohen, weil sie sich ihres Lebens nicht mehr sicher waren und sie die Hoffnung hatten, anderswo Frieden zu finden. Einige sind geflohen, um sich eine neue Existenz aufzubauen, andere, um später wieder in die Heimat zurückzukehren. Alle haben den Raum bekommen

sich zu entfalten, und sie haben die Chance genutzt, um gemeinsam die Welt wieder aufzubauen und zu verbessern.

Wir sollten die Fehler der Geschichte nicht wiederholen und somit weder die Einführung eines Kastensystems, mit als unterster Schicht die der „unberührbaren Migranten“, noch die Errichtung irgendeines „Schutzzaunes“ vorantreiben, hinter dem sich die vermeintlich zivilisierte Welt verstecken kann. Schon gar nicht sollten wir den Populismus dulden und somit vor Gewalt, Brandschatzung und Fremdenhass kapitulieren. Wir wuchsen im Bewusstsein auf, die großen Fragen der Zeit nicht mehr mit Gewalt sondern mit Worten, gegenseitigem Respekt, Menschenrechten und Demokratie beantworten zu können, ja sogar zu müssen. Bertha von Suttner's Aufruf von 1889 ist also noch immer gültig: Die Waffen nieder!

**Joel Arens**  
SP-Regionalvorstand  
[www.sp-dg.be](http://www.sp-dg.be)